

A13NEU Demokratisches Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 23.01.2019

Text

3535 **Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung** 3536 **und Bürger*innenbeteiligung**

3537 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für
3538 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie
3539 ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel
3540 wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen
3541 direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander
3542 verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen.
3543 Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang
3544 miteinander.
3545 Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit.
3546 Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur
3547 um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache
3548 der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen
3549 verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im
3550 demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital
3551 erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der
3552 Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung
3553 von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

3554 **Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in** 3555 **der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement** 3556 **wertschätzen**

3557 Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der
3558 kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und
3559 Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

3560 Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer
3561 Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen
3562 Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

3563 Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer*innen alle
3564 Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke
3565 Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen
3566 Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden
3567 für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von
3568 Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als
3569 größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

3570 Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden
3571 einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen,
3572 sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

3573 politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer
3574 Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung
3575 der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger*innen.

3576 Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner*innen mit knapper
3577 Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren
3578 können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger*innen und Krankenhauspersonal;
3579 Sozialhilfeempfänger*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur
3580 Verfügung stehen müssen; Student*innen und junge Wissenschaftler*innen, die
3581 wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer*innen, die
3582 Aufträge annehmen müssen etc.

3583 Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer
3584 lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen
3585 und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte
3586 Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung
3587 in Potsdam zu beteiligen.

3588 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam
3589 für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt.
3590 Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete
3591 nach sozialen Kriterien unterstützt.

3592 **Politische Bildung vorantreiben**

3593 Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für
3594 institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger*in seiner Stimme Gehör zu
3595 verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger*innen einzufordern. Es ist daher
3596 zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar,
3597 in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch
3598 mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich
3599 Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die
3600 Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

3601 Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft
3602 abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben,
3603 muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille,
3604 aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht
3605 zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu
3606 bilden.

3607 **Beteiligung ausbauen**

3608 Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und
3609 lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen
3610 Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger*innen, sich an der
3611 Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken,
3612 insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig
3613 gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher
3614 niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und
3615 professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

3616 außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass
3617 diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

3618 **Beteiligungswerkstätten bei Planungen** 3619 **verbindlich einbeziehen**

3620 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen
3621 von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und
3622 Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften
3623 gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle
3624 Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

3625 Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in
3626 ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche
3627 Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte
3628 Berücksichtigung der Werkstatteergebnisse gesichert ist, also eine politische
3629 Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein
3630 Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt
3631 eingerichtet werden.

3632 **Vom Bürger*innenhaushalt zur Diskussion der** 3633 **Haushaltspolitik**

3634 Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren
3635 zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark
3636 beschönigende Etikettierung, von Bürger*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht
3637 mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft.
3638 Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein
3639 Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die
3640 Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung
3641 mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

3642 Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht
3643 ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen –
3644 Bürger*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die
3645 Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

3646 Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich
3647 publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche
3648 Sprache, die alle verstehen können.

3649 **Bauen transparenter machen**

3650 Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren
3651 öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden,
3652 einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt
3653 Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

3654 **Direkte Demokratie stärken**

3655 Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der
3656 Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen,
3657 Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse
3658 Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so
3659 befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf
3660 kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir
3661 setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger*innenbegehren zu stärken. Unter
3662 anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und
3663 auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

3664 In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten
3665 Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll
3666 eingesetzt werden können.

3667 **Transparenz ernstnehmen**

3668 Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen
3669 Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger*innen informiert diskutieren und
3670 entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten
3671 und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der
3672 Eindruck von Mausecheln und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese
3673 Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine
3674 umfassende Willensbildung.

3675 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
3676 Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische
3677 Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bisher ist es für
3678 Bürger*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für
3679 sie relevanten Informationen zu bekommen.

3680 Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der
3681 Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht
3682 werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter.
3683 Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg
3684 und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin
3685 notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-
3686 Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein
3687 selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

3688 Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner
3689 Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim
3690 eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah
3691 verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch
3692 die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3693

3694

3695

3696 Dafür machen wir uns stark:

- 3697 • faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- 3698 • mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung
3699 ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- 3700 • Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder
3701 und Jugendliche
- 3702 • Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser
3703 aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- 3704 • Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive
3705 Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- 3706 • Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote
3707 echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- 3708 • zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- 3709 • Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch
3710 in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher
3711 Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- 3712 • Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der
3713 direkten Demokratie
- 3714 • massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven
3715 Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten